

Die Energiestrategie 2050 macht abhängig

Die neue Energiepolitik der Schweiz sei nicht umsetzbar, kritisiert eine Expertenstudie

Von Dominik Feusi, Bern

Seit gut einem Jahr wird die Energiestrategie 2050 umgesetzt. Sie will die bestehenden Atomkraftwerke nicht mehr erneuern und weniger Öl und Gas verbrauchen. Diese Energie soll durch Erneuerbare ersetzt oder eingespart werden. Zu den Erneuerbaren gehören vor allem Solar- und Windstrom, die hierzulande unregelmässig anfallen, aber auch Technologien, die in der Schweiz gescheitert sind wie die Geothermie. Nachdem ein Versuch in Basel vor zwölf Jahren Erdbeben auslöste, wurde der letzte Versuch eingestellt.

Vor der Abstimmung im Mai 2017 war den Bundesbehörden klar, dass dieses Ziel kaum zu erreichen ist und die Schweiz entweder Gaskraftwerke oder deutlich höhere Stromimporte braucht, um auch im Winter die Versorgung sicherzustellen. Bundesrätin Doris Leuthard liess allerdings in der Nacht vor dem Kampagnenstart alle entsprechenden Hinweise von den Webseiten ihres Departements entfernen.

Gestern präsentierte nun eine Gruppe von elf Ökonomen, Physikern, Chemikern und Geologen, darunter Bernd Schips, ehemaliger Professor an der ETH Zürich und Leiter der dortigen Konjunkturforschungsstelle, und der frühere Basler Wirtschaftspräsident Silvio Borner, eine umfangreiche Studie, die darlegen will, weshalb die Umsetzung der Energiestrategie nicht gelingen werde. Gemäss den Autoren erhöht die Energiestrategie die Gefahr eines grossen Stromausfalls, vor allem wegen saisonaler Lücken, sprich im Winter, wenn der Stromverbrauch besonders hoch ist.

Optimistische Annahmen

Das Bundesamt für Energie (BFE) kam in einer Studie vor einem Jahr zum gegenteiligen Schluss, dass die Versorgung mit Strom bis 2035 sicher sei. Die Autoren schreiben nun, dass die Versorgungssicherheit vor allem nach 2035 in Gefahr sei, wenn das letzte Kernkraftwerk vom Netz gehe. Zudem bemängeln sie, dass das BFE in seiner Studie von «optimistischen Annahmen» ausgehe, die kaum eintreffen würden, so zum Beispiel die vollständige Einbindung der Schweiz in den europäischen Strommarkt. Die EU verlangt dafür bekanntlich ein Rahmenabkommen, das noch nicht einmal zu Ende behandelt wurde.

Die Autoren verlangen, dass angesichts der Folgekosten eines «Blackouts»



Zum Scheitern verurteilt. Die Studie legt nahe, dass die Energiestrategie weder technisch machbar noch ökonomisch überlebensfähig sei. Foto Keystone

in künftigen Studien vom schlechtesten Fall statt von optimistischen Annahmen ausgegangen werde. Ebenso kritisieren sie die Förderung der Forschung durch das BFE, die nicht ergebnisoffen sei, sondern den Wünschen von Politikern

und den Vertretern von Partikularinteressen diene. Den steigenden und von der Volkswirtschaft zu tragenden Kosten für Subventionen und Fehlinvestitionen stehe eine wachsende Zahl von Profiteuren gegenüber.

In einem Beitrag legt der frühere BFE-Direktor Eduard Kiener dar, dass der vorgesehene Ersatz der Atomkraft durch Solar- und Windenergie weder wirtschaftlich noch physikalisch gelingen könne, insbesondere weil die saisonale Speicherung von Strom technisch nicht machbar und nicht zu finanzieren sei. Die Autoren befürchten, dass der Stromverbrauch in den nächsten Jahren wegen der Wirtschaftsentwicklung, insbesondere der Digitalisierung, nicht so abnehmen werde, wie es der Bund berechnet. Der Ersatz von fossilen Energieträgern wie Öl oder Gas durch erneuerbare Energien sei deshalb unrealistisch.

«Notlösung» Gaskraftwerke

Die Studie geht auch auf die mit der Energiestrategie zunehmend nötigen Stromimporte ein. Das BFE blendet gemäss den Autoren in seinen Berechnungen die technischen Probleme und die Stromknappheit in den Nachbarländern aus. Faktisch sei die Energiestrategie eine Importstrategie, allerdings ohne die Verfügbarkeit von Strom und die politischen Folgen der Importabhängigkeit zu bedenken. Um diese Risiken abzufedern, werde man in einigen Jahren wieder Gaskraftwerke als «Notlösung» diskutieren, schreiben die Autoren. Gaskraftwerke würden jedoch den Ausstoss von klimaschädlichem CO₂ deutlich erhöhen und so einem zentralen Ziel der Energiestrategie zuwider laufen, nämlich einen Beitrag zur weltweiten Klimapolitik zu leisten.

Genau dies ist in Deutschland passiert: Trotz Milliarden an Investitionen in erneuerbare Energien hängt die sichere Stromversorgung immer noch von den verbleibenden Atomkraftwerken und von Kohle- und Gaskraftwerken ab. Der Ausstoss an Treibhausgasen stagniert derweil auf hohem Niveau, entgegen den internationalen Zusagen der deutschen Regierung.

Alles in allem, so die Studienautoren der gestern präsentierten schweizerischen Studie, sei die Energiestrategie 2050, wie sie im letzten Jahr beschlossen wurde, bei realistischen Annahmen «weder technisch machbar, noch ökonomisch und ökologisch sowie politisch überlebensfähig».

Bernd Schips, Silvio Borner et al.: Versorgungssicherheit – vom politischen Kurzschluss zum Blackout, Carnot-Cournot-Verlag 2018, 220 Seiten.

Ex-Direktor bei der Gasindustrie

Die neuen Mandate von Walter Steinmann

Von Dominik Feusi, Bern

Bis 2016 war Walter Steinmann Direktor des Bundesamts für Energie (BFE). Er gestaltete wesentlich die Energiestrategie, mit der die Schweiz ihre Kernkraftwerke nicht mehr erneuern und den Verbrauch von Öl und Gas reduzieren will, um weniger Treibhausgas auszustossen. Gleichzeitig dürften Gaskraftwerke mindestens zur Sicherung der Versorgung mit Strom im Winterhalbjahr wieder ein Thema werden.

Seit diesem Frühling sitzt Ex-BFE-Chef Steinmann in Verwaltungsräten von Firmen, die ihr Geschäft mit Gas machen. Anfang Juni wurde er in das oberste Gremium der Transitgas AG gewählt, der Gesellschaft, welche die Gaspipeline durch die Schweiz betreibt. Schon vorher wurde Steinmann Verwaltungsrat der FluxSwiss, der Hauptaktionärin der Transitgas AG. Die Pipeline liefert Gas vor allem von Norden nach Süden. Das BFE unter Direktor Steinmann hat sich jedoch dafür eingesetzt, dass es auch im umgekehrten Weg geht. Schon früher wurde Steinmann Beirat im Energieinfrastrukturfonds der Credit Suisse, dessen Gelder von Schweizer Pensionskassen kommen und in grosse Energieprojekte, wie Gas- und Stromnetze, investiert werden.

Auf seiner Webseite schreibt Steinmann, Gas sei für ihn ein «wichtiger Energieträger und -speicher», der zu Einsparungen von Kohlendioxid-Emissionen führen könne.

Keine politische Bedeutung

Auf Anfrage sagt Steinmann, dass diese Firmen die Durchleitung von Gas sicherstellen. Sie würden nur die Versorgung der Schweiz und vor allem Italiens mit Gas sicherstellen. Er sitze als Vertreter von 130 Schweizer Pensionskassen in diesen Verwaltungsräten.

Eine politische Bedeutung bei der Gaswerkfrage hätten diese Mandate nicht, denn keine der beiden Firmen würde von Gaskraftwerken profitieren, die allenfalls in der Schweiz gebaut würden. Er sei einzig den Destinatären der Pensionskassen verpflichtet und beachte bei allen Engagements die Zielsetzungen der Energiestrategie 2050.